



Tarifbewegung 2006

März 2006

Tarifgemeinschaft der Länder nicht kompromissbereit

Streik im öffentlichen Dienst geht weiter

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst vom 10. auf den 11. März 2006 sind gescheitert. In den Verhandlungen hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) unter Führung des niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring (CDU) am bisherigen Kurs festgehalten. Eine Mehrheit der Länder will keinen Kompromiss in diesem Tarifkonflikt – sie wollen die Bedingungen diktieren. Sie wollen längere Arbeitszeiten und damit Arbeitsplatzabbau. Sie wollen die Beschäftigten zur Kasse bitten.

Informationen für den Wissenschaftsbereich

Zuvor hatte am 9. März 2006 die Arbeitsgruppe Wissenschaft versucht, weitere Verständigungen für den Wissenschaftsbereich auf den Weg zu bringen. Die Gewerkschaften haben gezeigt, dass Kompromisse möglich sind, wenn beide Seiten einen Willen zur Einigung haben.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe Wissenschaft

Stufenzuordnung bei Einstellungen

Höchst problematisch im Hochschulbereich und außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden die Regelungen der Stufenzuordnung bei Einstellungen gesehen. Problematisch, weil im Unterschied zu anderen Bereichen die Mehrheit der Beschäftigten im Wissenschaftsbereich mit häufigem Arbeitgeberwechsel in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt ist und auch zukünftig sein wird. Die Beschäftigten im Wissenschaftsbereich wären durch die allgemeinen Stufenregelungen des Tarifvertrags öffentlicher Dienst (TVöD) benachteiligt gegenüber Beschäftigten in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Des-

halb haben die Gewerkschaften am 9. März 2006 gegenüber den Arbeitgebern eine Änderung der allgemeinen Regelungen gefordert und erreicht, dass zukünftig förderliche Zeiten grundsätzlich angerechnet werden.

Somit wäre ein wesentlicher Kritikpunkt am TVöD für Beschäftigte im Wissenschaftsbereich geändert worden.

Arbeitszeit

Die Forderungen der Arbeitgeber, die Arbeitszeit nach Diktat zu bestimmen – jeder sollte so viel arbeiten, wie er Aufgaben vom Arbeitgeber übertragen bekommt – haben die Gewerkschaften auch abgewehrt.

Der von den Gewerkschaften entwickelte Druck hat Wirkung gezeigt, darum haltet den Druck aufrecht und streikt weiter!

Am Ende muss es einen Ausgleich der Interessen geben, nicht ein einseitiges Diktat, von welcher Seite auch immer.

Arbeitgeber allein verantwortlich

Mit ihrer kompromisslosen Haltung tragen die Arbeitgeber die Verantwortung für die Fortsetzung des Konflikts. Die TdL will diktieren, was verdient und wie lange gearbeitet wird.

Das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis! Die Gewerkschaften stehen für die Tarifautonomie, für Interessenausgleich, für Tarifverträge.

Es geht auch anders, das zeigt die Haltung des Finanzministers aus Schleswig-Holstein, Ralf

Stegner (SPD). Stegner hat an der Verhandlungsführung der TdL unmissverständlich Kritik geäußert: Diese sei nicht auf Einigung gerichtet gewesen, sondern eher darauf, „eine Einigung nicht haben zu wollen, weil man glaubt, man braucht keine Tarifverträge.“ Der stellvertretende TdL-Vorsitzende hat Recht: Die Arbeitgeber müssen sich bewegen, damit es zu einer Einigung kommen kann.

Für einen Tarifvertrag

ver.di, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind weiter zu einer Lösung im Rahmen von Verhandlungen bereit. Dies geht jedoch nur, wenn die TdL endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegt. Solange das ausbleibt, wird der Streik fortgesetzt.

Gemeinsam können wir tariflichen Schutz durchsetzen!

**Gegen längere Arbeitszeiten!
Für Arbeitsplätze – Gegen Einkommenskürzung!**

Impressum: GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt, verantwortlich: Ilse Schaad, Tel. 069/78973-0, Fax-102, E-Mail: info@gew.de; www.gew.de



Bitte per Fax an 069/78973-102 oder GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt

Mitgliedsantrag

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vorname/Name

Telefon Fax

Beschäftigungsverhältnis

Straße/Nr.

E-Mail

- angestellt
- beamtet
- Honorarkraft
- in Rente
- pensioniert
- Altersübergangsgeld
- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- teilzeitbeschäftigt mit
- ___ Std./Woche im Studium
- ABM
- Vorbereitungsdienst/
- Berufspraktikum befristet bis _____
- Sonstiges _____

Land/PLZ/Ort

Berufsbezeichnung/-ziel beschäftigt seit Fachgruppe

Geburtsdatum/Nationalität

Name/Ort der Bank

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei von bis (Monat/Jahr)

Kontonummer BLZ

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Entgelt-/Besoldungsgruppe Stufe Bruttoeinkommen Euro monatlich

Ort/Datum Unterschrift

Betrieb/Dienststelle Träger Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle PLZ/Ort

**Vielen Dank!
Ihre GEW**